



gen wurden von den Behörden erteilt, so dass der Staat für die Entsorgung des Atom Mülls zuständig ist. Die Einführung der Atomenergie in der BRD sei "wie in den USA" nicht von marktwirtschaftlichen Überlegungen be- seelt, sondern "das Ergebnis politi- scher Entscheidungen, die die Eta- blierung eines institutionell günstigen Rahmens für die Genese einer Kerne- rgieindustrie zum Ziel hatten"<sup>7</sup>. Auch das deutsche Atomgesetz von 1985 bestimmte in § 9a (3) die Zustän- digkeit des Bundes für die Bereitstel- lung von Endlagern zur Sicherung und Endlagerung radioaktiver Abfälle<sup>8</sup>.

Politik und Wirtschaft haben die Nut- zung der Atomenergie zur Stromer- zeugung vorbereitet und gewinn- bringend genutzt, so dass sie für die Lösung der durch dieses Gesetz ver- ursachten Probleme verantwortlich sind; eine Haftung ist ebenfalls ge- setzlich festgelegt. NGOs hingegen kritisierten die Atomenergieerzeu- gung und warnten vor den Folgen, die sich aus ihrer Funktion in der Gesell- schaft ergeben, weshalb ihnen nicht die Verantwortung für die Auflösung der Unmöglichkeit einer Millionen Jah- re sicheren Endlagerung zugeschoben werden kann. Zudem verfügen NGOs nicht über vergleichbare finan- zielle und personelle Ressourcen wie Atomkonzerne oder der Staat, so dass von ihnen nicht erwartet wer- den kann, dass sie die gleichen An- strengungen vornehmen, zu denen die Profiteure des Atomzeitalters in der Lage sind.

### Fußnoten

1 - Müller, Michael/Voges, Jürgen (2016): „Die Notwendigkeit, neu zu den- ken. Der Atom Müll ist nicht nur eine tech- nische Herausforderung“, in Brunnengrä- ber, Achim (Hrsg.): Problemfälle Endla- ger, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesell- schaft mbH & Co. KG, 55–76 (Seite 58)

2 - Frantz, Christiane (2014): „Nichtre- gierungsorganisationen als Interessenver- treter und Politikvermittler in einer trans- nationalen Öffentlichkeit“, in Schmitt, Car- oline/Vonderau, Asta: Transnationalität und Öffentlichkeit. Interdisziplinäre Per- spektiven, Transcript Verlag, 233–259 (Seite 240)

3 - zitiert nach Frantz, Christiane/ Zim- mer, Annette (Hrsg.) (2002): Zivilgesell-

Tepcos in den Schatten stellte. Im Ge- gensatz zu den Gewinnen, die Tepco immer zu Gunsten der Aktionäre zu nutzen wusste, treffen die Schäden nun vor allem die Allgemeinheit.

Da sind zum einen die rund 200.000 Menschen, die ihr Zuhause, ihren Lebensmittelpunkt und den größten Teil ihrer ökonomischen Basis verloren haben. Da sind zum anderen die Tausende von Helfer\*innen von Ar- mee, Katastrophenschutz und Feuer- wehr, die nun die Folgen des Super- GAU begrenzen sollen. Und da ist nicht zuletzt der japanische Staat, der Tepco zumindest in Teilen verstaatlicht hat, um die Situation in den Griff zu bekom- men. Im Gegensatz zu den Gewinnen, die über vierzig Jahre privatisiert wur- den, werden die Kosten nun der Allge- meinheit aufgenötigt.

### Externalisierung in der Zeit

Neben der Belastung anderer Gesell- schaften wie beim Uranabbau, führt der Betrieb von Atomanlagen auch zu einer Belastung zukünftiger Generati- onen. Ohne in den „Genuss“ des Atom- stroms zu kommen, wird es einen enormen Aufwand für zukünftige Genera- tionen bedeuten, den strahlenden Müll zu bewachen und, wenn nötig, umzu- betten, sollten sich die aktuellen „End- lagerkonzepte“ als unzureichend er- weisen.

Dass diese Problematik keinesfalls hy- pothetisch ist, zeigen die Vorgänge in der Asse. Kaum jemand, der die Einla- gerung dort in den 60er und 70er Jah- ren entschieden und betrieben hat, ist heute noch am Leben. Und obwohl die meisten heute in der BRD Lebenden keinen „Vorteil“ in Form eines Strom- konsums durch die dort lagernden 126.000 Fässer Atom Müll hatten, wer- den wir doch die mindestens 2 Milliar- den teure Rückholung und Umbettung des Mülls bezahlen müssen.

Die Externalisierung von Folgen und Kosten in der Zeit findet aber nicht nur

im Bereich der Atomkraft, sondern auch fast deckungsgleich bei anderen Energieträgern wie z.B. bei Öl oder Kohle (CO<sub>2</sub>) statt. Auch die Folgen des sich durch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Zukunft drastisch ändernden Klimas wird die Gesellschaften im Süden, vor allem aber zukünftige Generationen wesent- lich heftiger treffen als jene, die mit der Ölförderung ihr Geld gemacht haben. Im besten Fall wird dies bedeuten, sich auf immer häufigere Extremwetterla- gen einstellen zu müssen. Viele werden aber ihren Wohnort und ihr soziales Umfeld verlassen müssen, um unter schlechteren Bedingungen eine Zu- kunftsperspektive im Norden zu su- chen.

### Sozialisierung des Risikos: Zwischen- und Endlagerung

Doch nicht nur die Fässer in der Asse sind mittlerweile im Besitz der Allge- meinheit. Seit 2017 wurde die gesamte Zwischen- und „End“lagerung auf den Bund übertragen. Die EVU waren dabei bereit, den nicht unerheblichen Betrag von rund 23 Milliarden Euro in einen Fonds zu zahlen. Trotz dieses hohen Betrages reagierten die Aktienkurse sofort positiv, denn was schwerer als die vielen Milliarden wog, waren die Unsicherheiten, die Risiken der sogenann- ten Ewigkeitskosten, die in den nukle- aren Hinterlassenschaften stecken.

Bislang wurden weit über 1 Milliarde Euro im Salzstock Gorleben vergraben; was aus den Endlagern Morsleben, As- se und Konrad wird, ist kaum absehbar. Mittlerweile stehen Pläne im Raum für ein weiteres Mega-Zwischenlager, das als „Eingangslager“ für den Schacht Konrad dienen soll. Wie aufwendig die Errichtung eines Lagers nach den Maß- gaben des aktuellen Suchprozesses aussehen wird, zeichnet sich ebenfalls noch nicht ab. Diese Unsicherheiten, belasteten über viele Jahre die Bilanzen der Konzerne – seit 2017 sind sie diese Sorge los. Für sie hat die sprichwörtliche „Ent-Sorgung“ des Atom Mülls für

